

PATRICK GENSING

FAKTEN

GEGEN

FAKE NEWS

ODER  
DER KAMPF  
UM DIE  
DEMOKRATIE

**DUDEN**

Bundesrepublik Deutschland, sondern weltweit für alle Menschen zugänglich, die über einen Internetzugang verfügen. Das Ministerium veröffentlicht die Analyse am 1. Februar 2017 – inklusive Pressemitteilung und Link zu dem 72-seitigen Papier, das den Titel trägt »Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen«.<sup>4</sup> Es handelt sich dabei auch nicht um einen Plan oder ein Geheimpapier, sondern um die »demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode«. In etwas hölzernem Deutsch kommen die Autorinnen und Autoren zu dem Schluss, dass »sich die Bevölkerung

insgesamt und auch die Erwerbsbevölkerung aufgrund der Zuwanderung und der Stabilisierung der Geburtenrate deutlich stabiler entwickeln« werde, »als noch vor wenigen Jahren erwartet«. Im Folgenden werden verschiedene Herausforderungen aufgezählt, die sich durch die Bevölkerungsentwicklung stellen – beispielsweise höhere Ausgaben für Bildung, da es mehr Kinder gibt als vor Jahren noch angenommen, oder steigende Kosten für Pflege, da die Zahl der älteren Menschen wächst und die Lebenserwartung weiter steigt.

Zudem – und hier kommen wir zum Kern der Analyse – werden

verschiedene Szenarien entworfen, wie sich die Zuwanderung entwickeln *könnte*. Die Szenarien sollen künftigen Regierungen sozusagen als »Leitplanken« dienen, ganz unabhängig davon, wer das Kanzleramt einmal führen wird. Da niemand die Zukunft voraussagen kann, ist es ein übliches Vorgehen, mehrere Möglichkeiten zu skizzieren: Das Statistische Bundesamt rechnet beispielsweise auch mit unterschiedlichen Varianten, um die mögliche Entwicklung der Bevölkerung zu erfassen. Bezieht man diese verschiedenen Szenarien auf das Jahr 2060, ergibt sich zwischen den Berechnungen eine mögliche Differenz von rund 15 Millionen

Menschen – und das bei gut 80 Millionen Einwohnern. Das Beispiel zeigt, mit wie viel Vorsicht solche Berechnungen zu genießen sind.

Ebenso wie das Statistische Bundesamt entwerfen die Autoren der angeblich geheimen »demografiepolitischen Bilanz der Bundesregierung« verschiedene Annahmen. Eine davon geht bis zum Jahr 2060 von 100 000 Zuwanderern jährlich aus, eine andere von 200 000, wieder eine andere von 300 000. Als Basis für diese Annahmen dienen Durchschnittswerte der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte. Im Kontext der Meldung über den angeblichen »Geheimplan« lautet der entscheidende Satz: »Aus

bevölkerungswissenschaftlicher Sicht erscheint auch eine höhere dauerhafte Zuwanderung von 300 000 möglich.« Die eingangs erwähnte Zahl von 12 Millionen findet sich allerdings nicht in der Analyse, das britische Boulevardblatt *Express* rechnet die genannten 300 000 möglichen Zuwanderer einfach auf die nächsten vierzig Jahre hoch und kommt dadurch auf diesen Wert. Dabei betonen die Autorinnen und Autoren der demografischen Analyse ausdrücklich, es handele sich um Modellrechnungen, die »nicht als Prognosen zu verstehen« seien. Denn die Entwicklung von Migration schwankt sehr stark, wie die vergangenen Jahrzehnte gezeigt